

## Warum Neuwahlen?



Das fragt sich so mancher, als Finanzminister und Vizekanzler Molterer Mit seinem voreiligen "Es reicht" Die Koalition SPÖVP aufgekündigt hatte.

Als er dann noch zur selben Zeit eine Koalition mit der FPÖ ausschloß, fragt man sich, ob Herr Molterer wirklich noch weiß, was er tut.

Eine Koalition mit den linkslinken Grünen wird sich rein zahlenmäßig kaum ausgehen, verliert doch dieser Wunschpartner der ÖVP von Tag zu Tag mehr an Wählersympathien. Eine Koalition mit dem BZÖ wird sicher nicht über die dazu notwendige Mandatszahl verfügen. Eine Dreierkoalition scheitert am Widerstand der Grünen gegen BZÖ

Die Blauen will er nicht, also bleibt ihm wiederum nur die rote Option. Die hat er aber gerade aufgekündigt. Aber wenn sich Molterer zum Unterschied zu seinem Vorgänger Schüssel doch an seine Vorwahl-

aussage hält, keine FPÖ-Koalition einzugehen, wiederholt sich das gerade beendete Spiel zwischen Rot und Schwarz. Auch der Traum, die SPÖ stimmenmäßig überholen zu können ist wohl ausgeträumt; es bleibt nur der Vizekanzler übrig. Und der war er gerade, bevor es ihm reichte! Was tun fragt sich der Wähler? Strache wählen, der gegen Asylmissbrauch und illegale Einwanderung Stimmung macht? Das geht doch nicht; oder doch? Sind nicht sowohl die Roten als auch die Schwarzen auf den gleichen Zug aufgesprungen und wollen den Wählern vortäuschen, daß sie genau die Probleme lösen wollen, die lösen zu wollen sie eben HC Strache noch vorgeworfen haben?

Lassen Sie sich bitte nicht durch Wahlzuckerln den klaren Blick verstellen; nach der Wahl schaut wieder alles anders aus und der ÖVP Wirtschaftsbund wird wieder trommeln, daß wir die ausländischen Arbeitskräfte brauchen und die SPÖ wird kritische Fragen des Gewerkschaftsbundes zu dieser Frage vertuschen.

Also warum nicht gleich HC

Strache? Weil er die Probleme beim Namen nennt und nicht um den Brei herumredet? Aber auch aus einem andern Grund werben wir um Ihre Stimme für die Nationalratswahl. Machen Sie die FPÖ so stark, daß eine Zweierkoalition mit einer der zwei großen Parteien möglich wird. Nur dann wird es stabile Verhältnisse geben. Die ÖVP wird jede Koalition zu Grabe tragen, in der sie nicht den Bundeskanzler stellt. Uns Freiheitliche geht es aber nicht darum, wer Kanzler wird, sondern ausschließlich darum, eine ordentliche bürgerfreundliche Politik zu machen.

Wir schließen niemand aus und wenn weder Molterer noch Feymann mit Strache koalieren wollen, dann werden eben beide Herrn nicht mehr im Spiel sein, oder sie finden sich in der gerade aufgekündigten SPÖVP-Koalition wieder. Also dacapo, wie die Musiker sagen würden, aber dieses rotschwarze Konzert ist schon lange nicht mehr zum Anhören.

Machen Sie die FPÖ stark, wenn Sie stabile Verhältnisse haben wollen, anders geht es nicht!

Dr. Bernd Lindinger

# WIR für EUCH

## Deshalb ~~FPÖ~~ - HC Strache

Am 28. September 2008

# Die Steuerbelastung als Preistreiber



Ich bin erst kürzlich durch Pensionierung offiziell aus dem Berufsleben ausgeschieden und habe meinen Gewerbebetrieb verpachtet, helfe aber meinem Nachfolger mit Rat und Tat, wo immer es geht. Deshalb bin ich nicht wirklich vom Geschehen weg. Mein besonderes Anliegen gilt daher den Klein- und Mittelbetrieben wie dem Mittelstand überhaupt. Den sogenannten "Kleinen Mann" zu vertreten, ist eine wichtige und unterstützenswerte Initiative der FPÖ, die Hauptlast der Steuern in Österreich zahlt aber der Mittelstand. Ohne dessen Entlastung wird über kurz oder lang auch kein Geld mehr für den "Kleinen Mann" zur Verfügung stehen!

Die kleinen und mittleren Unternehmen bilden das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft und stellen zwei Drittel aller Arbeitsplätze. Sie gilt es vermehrt zu unterstützen.

Die Arbeitskosten der Unternehmen werden zu einem nicht unwesentlichen Teil durch Lohnnebenkosten beeinflusst. Die hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit stellt ein Hemmnis für die Beschäftigung dar. Denn die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit liegt in Österreich deutlich über dem EU-Durch-

schnitt. Ich setze mich daher für die Senkung der Abgabenbelastung ein.

Das Einkommensteuergesetz sieht derzeit vor, dass Investitionen in das abnutzbare Anlagevermögen unter der Geringwertigkeitsgrenze (400 Euro netto) sofort im Jahr ihrer Anschaffung gewinnmindernd geltend gemacht werden können. Andernfalls sind die Anschaffungskosten über die Nutzungsdauer zu verteilen. Diese Regelung führt insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben zu Liquiditätsproblemen.

Eine Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 1.000 Euro würde diese Situation entschärfen und einen nennenswerten Investitionsanreiz bieten. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Betrieben sollen nicht entnommene Gewinne steuerlich stärker begünstigt werden.

Die Mindestkörperschaftsteuer wird von der FPÖ als Hemmnis für ein gesundes Wirtschaftswachstum beurteilt. Diese legt vor allem den Jungunternehmern Steine in den Weg. Sie ist daher ersatzlos zu streichen.

Als nunmehriger Pensionist sind mir die Bedürfnisse der Senioren ein wichtiges Anliegen. Unser Sozialsystem hat auf die Bedürfnisse von Senioren besondere Rücksicht zu nehmen. Bisherige Regierungen haben Senioren nur allzu deutlich als Bittsteller behandelt, welche der

werktätigen Gesellschaft angeblich hohe Kosten verursachen. Dass gerade diese Senioren unser Land aufgebaut und Kinder großgezogen haben, die jetzt unsere Gemeinschaft am Leben erhalten und zudem selbst Beiträge in das Sozialversicherungssystem einbezahlt haben, wird oft vergessen.

Ich bin nach wie vor auf ehrenamtlicher Basis als Kulturjournalist tätig. Deshalb ist mir die Künstlerische Freiheit und Verantwortung ein weiteres Anliegen. Der unverzichtbare Anspruch auf die Freiheit der Kunst wird nur durch die allgemeingültige Rechtsordnung eingeschränkt. In einer demokratischen Gesellschaft unterliegt jedoch jede künstlerische Ausdrucksform auch der uneingeschränkten Freiheit der Kritik.

Ein ästhetisches Empfinden ist ausschließlich dem Individuum eigen und keinesfalls einer Institution. In diesem Sinne ist Kunst vor allem Privatsache. Ich bekenne mich daher zu einem privaten Mäzenatentum, das über steuerliche Anreize den Kunstmarkt stimuliert.

**DAS WILL ICH VERTRETEN. ICH BITTE SIE DAHER UM IHRE VORZUGSSTIMME AM 28. SEPTEMBER**  
Anton Cupak

## Wie dumm sind die Wähler ?

Diese Frage stellen sich offenbar die von Rot und Schwarz abhängigen ORF Leute nicht.

Denn anders ist es nicht zu verstehen, daß nach jeder Konfrontation zweier Politiker im Anschluß diskutiert werden muß, was jeder der beiden wirklich sagen wollte, wie dies auch zu werten sei, und wer der "Sieger"

des Duells war. Politologen, Meinungsforscher und andere Kaffeesudler wissen dann immer genau wie es gelaufen ist, auch wenn sich der Zuseher persönlich ein ganz anderes Bild gemacht hat. Da wird dann solange pseudointellektuell geschwafelt, bis man sich fragt, ob man die gerade gesendete Konfrontation

wirklich selbst gesehen hat, so genau wird alles anders erklärt.

Viele stört schon die nicht immer neutrale Diskussionsleitung des jeweiligen Moderators. Aber das bemerkt man mit Mißfallen oder Genugtuung, je nach eigener politischer Einstellung und wohl auch persönlicher Fähigkeit, unparteiisch zu sehen. Aber das ist ja auch

nicht unbedingt der Zweck solcher Sendungen. Ein gewisser Sportsgeist ist schon vorhanden und auch beim Sport drückt man selten beiden Bewerbern den Daumen!

Aber ganz und gar nicht brauchen wir die Kommentatoren, die uns das erklären, was wir gar nicht gesehen haben! Die Spekulation mit der Dummheit oder die Hoffnung, doch noch den einen schlechter darzustellen als er war und eben dadurch den anderen höher punkten zu lassen?

Leider beherrscht heute die Reklame alles; ohne sie wären wir kaum in der Lage, eine Wurstsemmel zu kaufen. In der Politik sind die Reklamemacher, das sind vor allem die Medien, schon lange die wirklichen Herrscher über die Meinungen der Wähler geworden: Finden wir doch den Mut zu uns selbst, zum Mut eine eigene Meinung zu haben!

Da werden Politiker gefragt nach ihrer Lieblingsmusik, nach ihrer Lieblingsessspeise und wie sie es mit

der Liebe halten und ob sie dies oder das bevorzugen! Glauben sie wirklich, daß einer nur des wegen ein guter Politiker ist, weil er neben Mozart auch noch Jazzmusik liebt und Germknödel bevorzugt. Im übrigen sind solche Aussagen wenig glaubhaft, man legt doch Wert darauf, den Publikumsgeschmack zu treffen. Und dann sind wieder die Kommentatoren am Werk! Aber in der Wahlzelle sind sie selbst am Werk!

Dr. Bernd Lindinger

## Sicherheit im Bezirk Wien-Umgebung



Der tägliche TV-Krimi verändert den Blick für die Realität. Morde, Einbrüche, Raubüberfälle und Körperverletzungen werden zur All-

täglichkeit. Wer kennt nicht die tollen Polizisten von CSI und vielen anderen 45 Minuten Krimis, die Spuren sichern, auswerten und letztendlich den Täter zur Strecke bringen. Auch in Österreich gibt es solche tolle PolizistInnen, die unermüdlich Spuren sichern und dann zum Vergleich mit den Filmhelden weniger spektakulär die Täter ausforschen. In Österreich wird aber nur ein Bruchteil der gesicherten DNA Spuren ausgewertet. Für den Rest fehlen die erforderlichen Budgetmittel. So werden jährlich ca. 6000 Spuren zu den Akten gelegt. Man darf sich daher nicht wundern, daß die Aufklärungsrate nur bei 35 - 40 % liegt. Und sogar diese Prozentzahlen in der Kriminalstatistik sind anzuzweifeln. Um bessere Zahlen des Innenministers verlautbaren zu können, werden die Statistiken geschönt: Z.B. mehrer Einbrüche in der selben Straße oder im selben Haus werden unter einer Protokollzahl als ein Delikt gezählt. Wird der Täter dann ausgeforscht, so werden die einzelnen Delikte auseinanderdividiert und jede statistisch als geklärt erfaßt. So bleiben die

Deliktszahlen niedrig und die Aufklärungsrate wird erhöht. Nebenbei fehlen auch noch tausende PolizistInnen. Allein in Wien mehr als 1.000 Exekutivbedienstete (wie Polizisten seit der letzten Reform heißen). Ich selbst mache in einer Polizeiinspektion Dienst, in der es 36 Planstellen gibt. Von diesen sind jedoch nur 23 besetzt. Es fehlen also allein 13 Polizisten in einer von über 100 Wiener Dienststellen. Auch in Pressbaum sind nicht alle Planstellen besetzt. So ist die steigende Kriminalität längst nicht mehr das Problem der Großstadt Wien, sondern schon lange auch eines in den Umlandgemeinden.

Vor jeder Wahl schreien alle Politiker nach mehr Sicherheit, mehr Polizei, bieten Zuschüsse für private Einbruchssicherungen an und bieten sich wortreich als Sicherheitspartei an. So zeigt sich auch der ÖVP Chef Molterer gerne mit Polizisten, wenn auch nur schemenhaft erkennbar, auf Wahlplakaten. Gerade er, der als Finanzminister für das Aushungern der Polizei verantwortlich ist, fordert mehr Sicherheit. Gerade er, der die 100%ige Auswertung von DNA - Spuren verhindert, ist plötzlich ein Freund der Polizei und mißbraucht diese für seine Wahlwerbung.

Sicherheit hat ihren Preis und ist nicht nur ein Slogan in der

Werbung. Die Polizei kann mit dem vorhandenen Personal meist nur mehr die Kriminalität verwalten und nicht mehr bekämpfen.

So wurde in der Wienerwaldgemeinde Pressbaum auf Antrag der FPÖ mit Stimmen der ÖVP auf 6 Monate versuchsweise ein privater Sicherheitsdienst eingeführt: Die Einbrüche gingen im Vergleichszeitraumes zum Vorjahr um 40% zurück. Als der Sicherheitsdienst verlängert werden sollte, stimmte die ÖVP dagegen, da das positive Ergebnis für den ÖVP-Innenminister zu peinlich geworden war. SPÖ und Grüne stimmten ohnehin aus ideologischen Gründen dagegen! In der Zwischenzeit haben mehrere Gemeinden in NÖ private Sicherheitsstreifen eingeführt. In manchen Orten haben sich sogar besorgte Bürger zusammengefunden, die nächtens auf Streife gehen.

Alles in allem jedoch trotzdem ein Zeichen des Versagens der Sicherheitspolitik. Ein deutliches Mehr an PolizistInnen in den westlichen Wienerwaldgemeinden ließe auch unseren stetigen Ruf nach einer privaten Sicherheitsstreife verstummen

GR. Richard Breier

## Mit HC Strache zur Erneuerung der österreichischen Politik Geben Sie einem Ihrer Bezirkskandidaten Ihre Stimme



**Dr. Bernd Lindinger**  
Landesliste 16  
Bundesliste 26



**Richard Preier**  
Wahlkreisliste 9



**Anton Cupka**  
Wahlkreisliste 5

Bei der Nationalratswahl, am 28. September, präsentiert jede Partei ihre Kandidaten auf drei verschiedenen Listen.

Auf der Wahlkreisliste finden Sie in unserem Fall die Kandidaten des Bezirkes Wien-Umgebung und Mödling. Das ist der Wahlkreis 3f.

Für die Freiheitliche Partei (FPÖ) kandidieren hier auf Platz 5 der Mauerbacher Anton Cupak und auf Platz 9 der Pressbaumer Gemeinderat Richard Breier. Hier werden im ersten Ermittlungsverfahren die sogenannten Direktmandate vergeben.

Die nicht zu einem Direktmandat ausreichenden Reststimmen werden auf Mandate der Landesliste bzw. der Bundesliste angerechnet. Der Pressbaumer Gemeinderat und Bundesrat a.D. Dr. Bernd Lindinger kandidiert auf der Landesliste auf Platz 16 und auf der Bundesliste auf Platz 26.

Sie können auf dem Stimmzettel

einfach die Partei ankreuzen, in unserem Fall die FPÖ und Sie können zusätzlich auf einer der drei Listen eine Vorzugsstimme vergeben. Bitte aber nur eine Vorzugsstimme ankreuzen, sonst sind beide ungültig!

**Wichtig ist, daß Sie bei der Vergabe der Vorzugsstimme keine andere Partei ankreuzen, denn diesmal gilt Partei vor Namen. Die angekreuzte Partei gilt als gewählt!**

Alle drei Kandidaten haben sich in ihren Gemeinden bereits bestens bewährt und ausreichend politische Erfahrung gesammelt, Dr. Lindinger auch im österreichischen Bundesrat. Dies ist wohl eine grundlegende Voraussetzung, wenn sich ein Kandidat um ein Mandat bewirbt, aber leider gilt dies nicht uneingeschränkt für alle politischen Mitbewerber. Jeder Kandidat soll auch im Falle seiner Wahl in der Lage sein, sein

Mandat auch auszufüllen. Nationalräte, die sich ihre Reden schreiben lassen müssen, weil sie selbst nichts zu sagen haben, oder erst mühsam eine Rhetorikschule besuchen müssen, weil sie sich nicht trauen, vor dem Plenum den Mund aufzumachen, sind nicht aus dem Holz geschnitzt, aus dem Freiheitliche Mandatare geformt sein sollen.

Bedenken Sie bitte bei der Wahl, daß Sie nicht einen Kandidaten Ihre Stimme geben, dessen einziger Vorzug es ist, von den Medien gepuscht worden zu sein. Nicht die Versprechen vor der Wahl machen den seriösen Politiker aus, sondern das Einhalten der Versprechen nach der Wahl. Wahlzuckerlstreuer sind allemal mit Vorsicht zu genießen. Und daß gerade ÖVP und SPÖ nicht müde werden, das zu versprechen, was sie bis jetzt in ihrer großen Koalition gemeinsam versäumt haben, macht die Wahlzuckerl nur noch ungenießbarer.